

## Unternehmensbefragungen der Deutschen Bundesbank – Anwendungen zur Bewertung der finanziellen Lage im Unternehmenssektor

*Die Bundesbank benötigt zur Erfüllung ihrer Aufgaben, etwa in den Bereichen der Geldpolitik, der Finanzstabilität und der Bankenaufsicht, aktuelle Informationen über die Lage in der deutschen Volkswirtschaft und im Unternehmenssektor. Mit Blick auf die bedeutende Rolle der Unternehmensfinanzierung für deutsche Banken sind zeitnahe Erkenntnisse über Entwicklungen im Unternehmenssektor für die Beurteilung der Entwicklung im Finanzsystem von besonderem Interesse. Dies gilt umso mehr in Zeiten, in denen sich volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen sehr schnell durch einschneidende Ereignisse, wie etwa die Corona-Pandemie oder den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, ändern können. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesbank zwei Befragungen initiiert, um die finanzielle Situation des Unternehmenssektors zielgerichtet und zeitnah einschätzen und bewerten zu können: eine regelmäßige Befragung der Unternehmen (Bundesbank-Online-Panel-Firmen) und – zu Zeiten der Pandemie – eine Ad-hoc-Befragung der Wirtschaftsverbände. In diesem Zusammenhang können die erhobenen Informationen dazu genutzt werden, um die finanzielle Situation sowie die Geschäftslage von Unternehmen am aktuellen Rand darzustellen, und um potenzielle Entwicklungen und künftige Herausforderungen anhand von Erwartungsfragen zu erfassen.*

*Bereits zu Beginn der Pandemie konnte die Bundesbank die Befragungsdaten zur Beurteilung der Auswirkungen der Infektionsschutzmaßnahmen nutzen. Die Befragungsdaten belegen markante sektorale Unterschiede und bestätigen die Analysen zur Ertragslage und zu den Finanzierungsverhältnissen deutscher Unternehmen aus dem Monatsbericht vom Dezember 2021. So gingen im Frühjahr 2020 die Infektionsschutzmaßnahmen vor allem bei Unternehmen aus besonders betroffenen Dienstleistungsbranchen wie dem Einzelhandel, Transport und Logistik sowie dem Gastgewerbe mit einem erheblichen Rückgang der Geschäftstätigkeit einher. Neben Umsatzeinbußen verzeichneten diese Unternehmen einen gestiegenen Finanzierungsbedarf. Dazu erschwerte sich der Zugang zu Krediten bei gleichzeitig schwindenden Liquiditätsreserven.*

*Die jüngsten Befragungen der Bundesbank zeigen, dass sich die finanzielle Lage im Unternehmenssektor Anfang des Jahres 2022 gegenüber der Situation im Jahr 2020 verbessert hat. So waren im ersten Quartal 2022 die Sorgen über mögliche Liquiditätsengpässe deutlich geringer als in der Anfangsphase der Pandemie. Allerdings haben Schwierigkeiten auf der Angebotsseite, wie der Mangel an Fachkräften, gestiegene Kosten und Lieferkettenengpässe, an Bedeutung gewonnen. Insbesondere die beiden letztgenannten Herausforderungen haben durch den russischen Überfall auf die Ukraine nochmal deutlich zugenommen. Gerade energieintensive Unternehmen verzeichneten zu Beginn des Jahres 2022 einen gestiegenen Finanzierungsbedarf, während sich die Kreditvergabekonditionen für diese Unternehmen verschärft haben.*

*Mithilfe der Befragungsdaten war es möglich, die Folgen des Krieges gegen die Ukraine für den Unternehmenssektor zeitnah zu erfassen. So berichteten Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland oder der Ukraine von größeren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und einem gestiegenen Finanzierungsbedarf im Vergleich zu Unternehmen ohne Beziehungen zu beiden Staaten.*

## ■ Einleitung

*Notwendigkeit eigenständiger Befragungen zur Erfassung aktueller Entwicklungen im Unternehmenssektor*

Die Bundesbank benötigt zur Erfüllung ihrer Aufgaben, etwa in den Bereichen der Geldpolitik, der Finanzstabilität und der Bankenaufsicht, aktuelle Informationen über die Lage in der deutschen Volkswirtschaft. Diesbezüglich verfügt die Bundesbank durch die Jahresabschlussstatistik der Unternehmen sowie durch das Meldewesen über umfangreiche Informationen über den Unternehmenssektor und dessen finanzielle Lage.<sup>1)</sup> Dennoch hat die Bundesbank im Jahr 2020 den Bedarf für eigenständige Erhebungen zur Geschäftslage im Unternehmenssektor identifiziert, um zeitnahe Erkenntnisse über Entwicklungen im Unternehmenssektor zu erlangen. Dies gilt insbesondere für die Beurteilung der Entwicklung im Finanzsystem, da die Unternehmensfinanzierung für deutsche Banken eine bedeutende Rolle spielt. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesbank zwei Befragungen initiiert, um die finanzielle Situation des Unternehmenssektors zielgerichtet und zeitnah einschätzen und bewerten zu können: eine regelmäßige Befragung der Unternehmen und – zu Zeiten der Pandemie – eine Ad-hoc-Befragung der Wirtschaftsverbände.

*Rund 10 000 Unternehmen werden vierteljährlich zu Einschätzungen und Erwartungen ihrer Geschäftstätigkeit befragt*

Im Rahmen des Bundesbank-Online-Panels-Firmen (BOP-F) befragt die Bundesbank eine repräsentative Auswahl von Unternehmen zu ihrer Lage, ihren Einschätzungen und Erwartungen. Die Unternehmensstudie wurde im Juni 2020 gestartet und findet seit Juli 2021 im vierteljährlichen Turnus statt. Dabei ist jede Befragung in drei Runden untergliedert, sodass Informationen über die Entwicklung im Unternehmenssektor in einer monatlichen Frequenz erfasst werden können. Je Quartal nehmen rund 10 000 Unternehmen an der Befragung teil. Der Fragebogen besteht zur Hälfte aus sogenannten Kernfragen, die in jeder Befragung gestellt werden und somit einen Vergleich über die Zeit ermöglichen. Dies betrifft beispielsweise Fragen zur Entwicklung der Geschäftstätigkeit, zu Erwartungen sowie zum Finanzierungsbedarf. Die andere Hälfte besteht aus variierenden Fragemodulen, die sowohl aktuelle Ereignis-

nisse, wie etwa den Einfluss des Krieges gegen die Ukraine auf die Umsatzzahlen, als auch strukturelle Eigenschaften von Unternehmen, wie deren Energieverbrauch, adressieren können.

Darüber hinaus hat die Bundesbank mehrfach Wirtschaftsverbände zur Entwicklung der finanziellen Lage ihrer Mitgliedsunternehmen befragt. Diese Befragungen fanden in unregelmäßigen Abständen statt, um untersuchen zu können, wie sich ausgewählte Ereignisse auf die finanzielle Lage im Unternehmenssektor auswirken. Nachdem im Jahr 2020 die Verbände drei Mal befragt worden sind, fand die vierte und jüngste Umfrage im Januar 2022 statt.<sup>2)</sup> Im Schnitt haben bisher rund 40 Verbände an der Befragung teilgenommen. Die Verbandsbefragung enthält nur relativ wenige und auch offene Fragen. Damit lassen sich nicht nur die Daten relativ schnell auswerten, sondern auch Aspekte erfassen, die bei der Fragestellung nicht explizit angesprochen wurden.

Wie sich im Kontext der Corona-Pandemie sowie des russischen Angriffs auf die Ukraine zeigte, lassen sich anhand beider Befragungen die Entwicklung und die Finanzierungslage im Unternehmenssektor zeitnah beurteilen. Diese Ereignisse haben das wirtschaftliche Umfeld in einer Geschwindigkeit und in einem Ausmaß verändert, wie es in den vergangenen Jahrzehnten nur selten der Fall war. So führten die seit dem Frühjahr 2020 ergriffenen Maßnahmen zur Eindämmung des Pandemiegeschehens unter anderem zu einem starken Rückgang der Nachfrage und damit zu hohen Umsatzeinbußen bei Unternehmen. Im Zuge der Pandemie kam es zudem zu Schwierigkeiten bei internationalen Lieferketten. Darüber hinaus stiegen Energie- und Erzeugerpreise im Jahr 2021 deutlich an. Diese Schwierigkeiten haben durch den russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 weiter an Bedeutung gewonnen. So be-

*Befragung der Wirtschaftsverbände liefert relativ schnell Informationen zur finanziellen Lage von Unternehmen*

*Corona-Pandemie und russischer Angriffskrieg gegen Ukraine illustrieren Nutzen der Befragungen*

<sup>1</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank (2011, 2021a).

<sup>2</sup> Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine war zu diesem Zeitpunkt noch nicht abzusehen.

richteten Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland oder der Ukraine von größeren Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und einem gestiegenen Finanzierungsbedarf im Vergleich zu Unternehmen ohne Beziehungen zu beiden Staaten. Allerdings repräsentieren diese Unternehmen einen kleinen Teil des Unternehmenssektors.

## Die Entwicklung der Geschäftslage im Unternehmenssektor seit Beginn der Corona-Pandemie

Die Informationen aus beiden Befragungen können dazu genutzt werden, um aktuelle Entwicklungen der finanziellen Situation und Geschäftslage im Unternehmenssektor darzustellen. Dies betrifft nicht nur die Geschäftstätigkeit und Liquiditätslage, sondern auch Entwicklungen hinsichtlich des Bedarfs der Unternehmen an externer Finanzierung. Überdies können anhand von Erwartungsfragen potenzielle Entwicklungen und künftige Herausforderungen nichtfinanzieller Unternehmen erfasst werden. Diese Informationen können für die Beurteilung der Auswirkungen einschneidender Ereignisse, wie die Corona-Pandemie, auf den Unternehmenssektor genutzt werden.

Die Unternehmen werden regelmäßig befragt, wie sich wesentliche Unternehmenskennzahlen am aktuellen Rand entwickelt haben. Zu Beginn der Pandemie traten die Auswirkungen der Infektionsschutzmaßnahmen auf die Nachfrage besonders deutlich hervor. So haben im Juni 2020 58 % der Unternehmen über eine rückläufige Geschäftstätigkeit infolge der Corona-Pandemie berichtet. Zum vierten Befragungszeitpunkt im Februar 2021 lag der Anteil der Unternehmen, die gegenüber dem Vorjahresmonat einen Rückgang der Geschäftstätigkeit verzeichneten, bei 48 %. Dabei gab es erhebliche sektorale Unterschiede. So waren die Gastronomie, das Verkehrs- und Lagereiwesen sowie der Einzelhandel<sup>3)</sup> besonders stark von den Auswirkungen der Pandemie betroffen<sup>4)</sup> In der jüngs-

ten Befragung aus dem zweiten Quartal 2022 wurden die Unternehmen erneut nach der Entwicklung der Umsatzzahlen befragt. Im Zeitraum zwischen März 2021 und März 2022 haben 28 % der teilnehmenden Unternehmen gesunkene Umsätze verzeichnet, während der Anteil der Unternehmen mit steigenden Umsatzzahlen bei 35 % lag.

Ebenfalls entspannt hat sich die Entwicklung der verfügbaren Liquidität der Unternehmen. Zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 meldeten 46 % der befragten Unternehmen einen Rückgang an liquiden Mitteln. Während des Lockdowns im Winter 2020/21 lag dieser Anteil bei 36 % und stabilisierte sich im Jahr 2021 bei 28 %. Der Anteil der Unternehmen mit einem Anstieg liquider Mittel ist in diesem Zeitraum von 8 % im Frühjahr 2020 auf 22 % Ende des Jahres 2021 gestiegen.

Demgegenüber hat sich für Unternehmen der Zugang zu Vorleistungen und Vorprodukten besonders im Laufe des Jahres 2021 verschlechtert. Zu Beginn der Pandemie verzeichneten 43 % einen schlechteren Zugang zu Vorprodukten. Dieser Anteil ist zunächst auf 36 % im ersten Quartal 2021 gesunken. Im Anschluss haben die Zulieferschwierigkeiten wieder zugenommen, was sich in einem Anteil von 56 % der Unternehmen widerspiegelt, die im ersten Quartal 2022 von einem gesunkenen Zugang zu Vorprodukten berichteten.

Die Engpässe bei Lieferketten sowie die weitgehende Aufhebung der Infektionsschutzmaßnahmen stehen in Zusammenhang mit der Entwicklung kurzfristiger Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung. Diese waren laut der ersten Befragung zu Beginn der Pandemie deutlich rückläufig. Im Juni 2020 berichteten 33 % der Unternehmen von einem Rückgang an Forderungen aus Lieferung und Leistung, während 26 % gesunkene Ver-

*Liquiditätslage hat sich ebenfalls entspannt*

*Lieferkettenprobleme haben im Verlauf der Pandemie zugenommen*

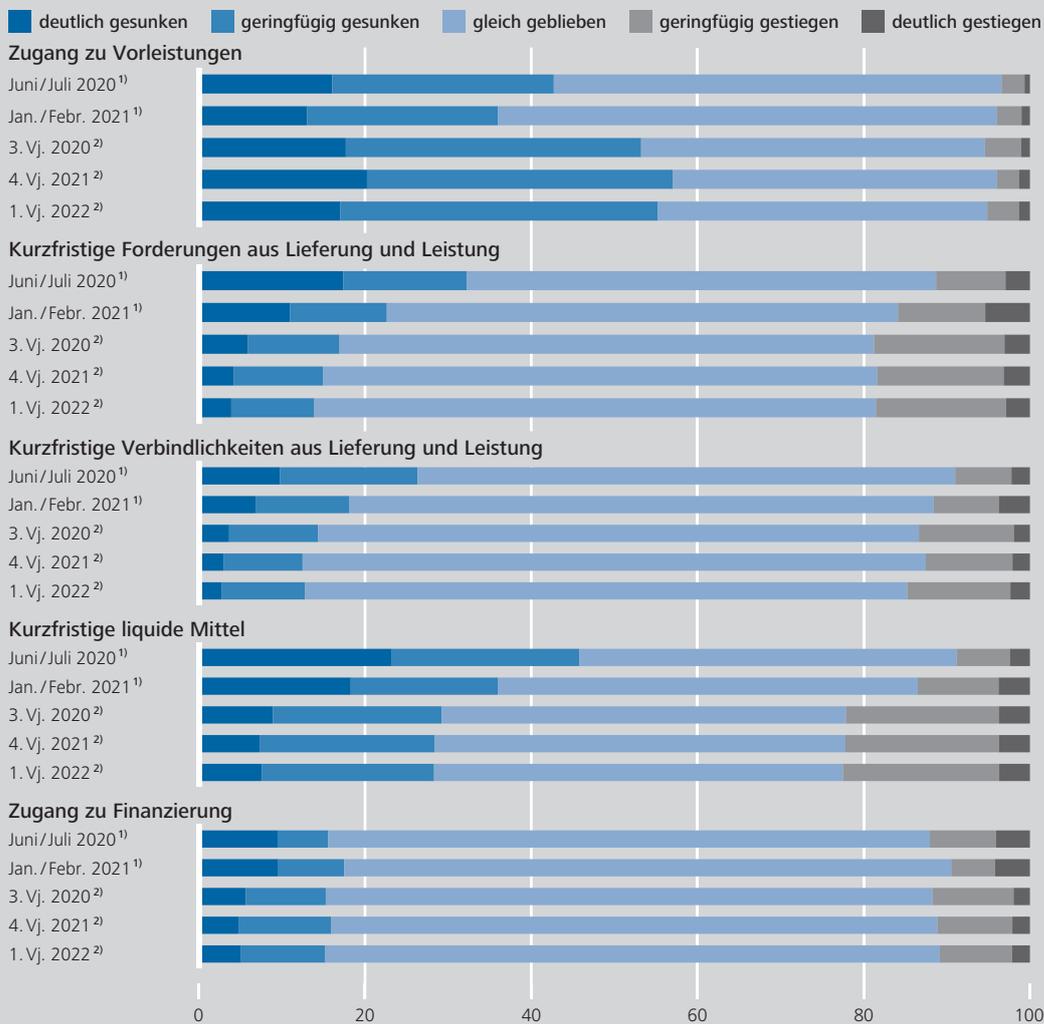
*Starker Nachfragerückgang zu Beginn der Pandemie – deutliche Verbesserung der Umsatzlage zu Beginn 2022*

<sup>3</sup> Im Folgenden umfasst die Bezeichnung „betroffene Branchen“ Unternehmen aus dem Einzelhandel, Transport und Logistik oder dem Gastgewerbe.

<sup>4</sup> Siehe auch: Deutsche Bundesbank (2021a, 2021b).

## Unternehmenskennzahlen seit dem 2. Vierteljahr 2020

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Quarterly und eigene Berechnungen. **1** Vergleich zwischen Vormonat und dem Monat davor. **2** Vergleich zwischen dem letzten Monat im vorigen Quartal und dessen Vorjahresmonat.  
 Deutsche Bundesbank

bindlichkeiten aus Lieferung und Leistung vermeldeten. Im Verlauf der Pandemie sind beide Kennzahlen wieder gestiegen. Der Anteil an Unternehmen mit rückläufigen Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung sank stetig auf 14% beziehungsweise 13% Ende des Jahres 2021, während der Anteil der Unternehmen mit zunehmenden Forderungen beziehungsweise Verbindlichkeiten aus Lieferverflechtungen von 11% beziehungsweise 9% im Frühjahr 2020 auf 19% beziehungsweise 15% im ersten Quartal 2022 gestiegen ist.

Als recht stabil erachteten die Unternehmen ihren Zugang zu Finanzierung. Der Anteil der Unternehmen, die einen erschwerten Zugang zu Finanzierung vermeldeten, lag seit der ersten Befragung konstant bei rund 15%.

Die wirtschaftliche Erholung spiegelt sich auch in der Befragung von Wirtschaftsverbänden wider. So wurden die Verbände im November 2020 sowie im Januar 2022 zum Anteil der Mitgliedsunternehmen befragt, die Umsatzeinbußen im Vergleich zu einem typischen Quartal (bspw. dem vierten Quartal 2019) zu verzeichnen hatten. Im November 2020 lag der mittlere Anteil der Unternehmen mit Umsatzrückgängen

*Trotz stabilisierter Nachfrage weiterhin große sektorale Unterschiede*

bei knapp 50 %. Bis zur folgenden Befragung im Januar 2022 ist unter den Verbänden der mittlere Anteil der Unternehmen mit rückläufigen Umsatzzahlen auf 20 % gesunken. Weiterhin zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen den Branchen. Die Verbände verwiesen darauf, dass insbesondere das Gastgewerbe, die Veranstaltungsbranche sowie personenbezogene Dienstleistungen (Kosmetik, Friseur etc.) zu Beginn des Jahres 2022 weiterhin von den Auswirkungen der Infektionsschutzmaßnahmen betroffen waren.

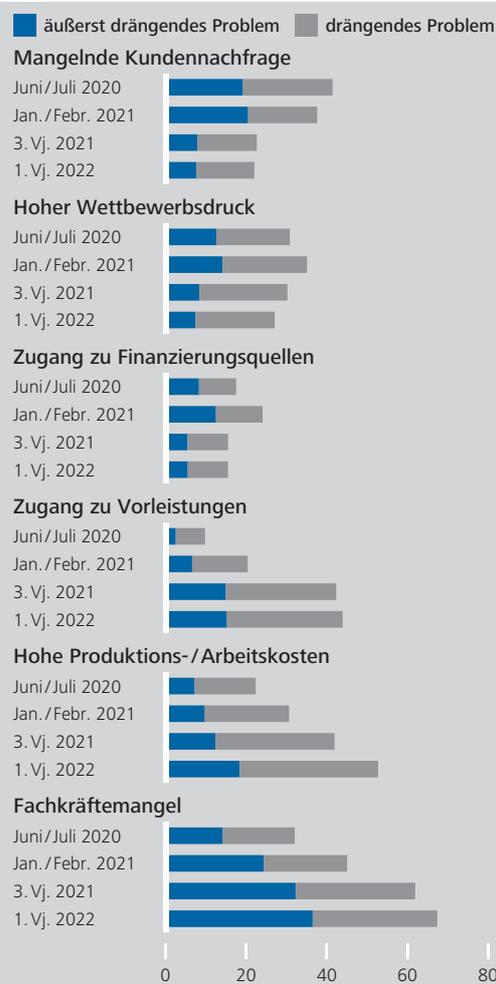
*Verschiebung der Herausforderungen für Unternehmen von mangelnder Nachfrage hin zu Problemen auf Angebotsseite*

In der BOP-F-Studie werden die Unternehmen regelmäßig zu ihren Erwartungen und größten Herausforderungen befragt. An der Entwicklung der Herausforderungen lassen sich die Auswirkungen der Pandemie besonders gut ablesen. Die mangelnde Kundennachfrage wurde im Frühjahr 2020 als ein besonders schwerwiegendes Problem für die kommenden sechs Monate eingestuft. So bewerteten 42 % der Unternehmen das Ausbleiben von Nachfrage als drängendes beziehungsweise äußerst drängendes Problem für die kommenden sechs Monate. Weitere Herausforderungen wurden im Juni 2020 wie folgt als drängendes beziehungsweise äußerst drängendes Problem bewertet: Wettbewerbsdruck und Fachkräftemangel (je 31 %), hohe Arbeits- und Produktionskosten (22 %), Schwierigkeiten beim Zugang zu Finanzierung (17 %) und Zulieferschwierigkeiten (10 %).

Im Verlauf der Pandemie haben sich die Herausforderungen der Unternehmen deutlich verschoben. Der Anteil der Unternehmen, die einen möglichen Nachfragerückgang als drängendes beziehungsweise äußerst drängendes Problem erachteten, ist kontinuierlich auf 22 % im ersten Quartal 2022 gesunken. Demgegenüber haben Schwierigkeiten auf der Angebotsseite deutlich an Bedeutung gewonnen. Der Anteil der Unternehmen, die Schwierigkeiten aufgrund des Fachkräftemangels erwarten, stieg von 31 % im Frühjahr 2020 auf 67 % zu Beginn des Jahres 2022. In diesem Zeitraum haben auch die Herausforderungen durch hohe Arbeits- und Produktionskosten (von 22 % auf

## Erwartungen zu Problemen für die Unternehmen in den kommenden sechs Monaten

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Quarterly und eigene Berechnungen.  
 Deutsche Bundesbank

53 %) sowie Zulieferschwierigkeiten (von 10 % auf 44 %) deutlich zugenommen.

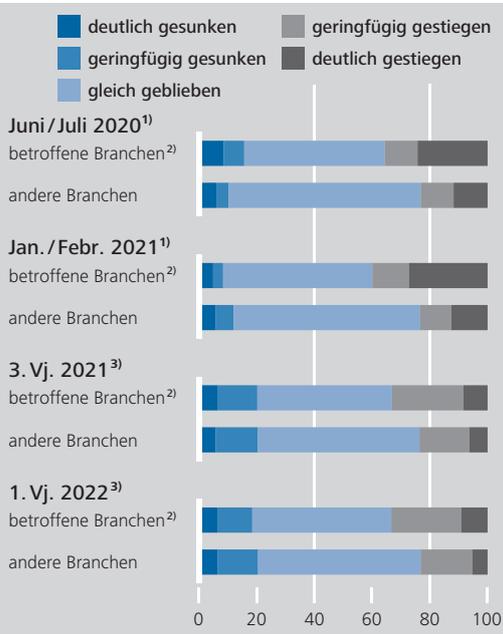
## Die Entwicklung der finanziellen Lage von Unternehmen im Verlauf der Pandemie

Bei der finanziellen Lage der Unternehmen zeigt sich ein ähnliches sektorales Muster wie bei den Auswirkungen der Pandemie auf die Geschäftstätigkeit der Unternehmen. So waren die Auswirkungen der Pandemie insbesondere im Einzelhandel, im Gastgewerbe sowie im Transport-

*Besonders hoher Finanzierungsbedarf in von Pandemie betroffenen Dienstleistungssektoren zu Beginn der Pandemie*

### Bedarf an Kreditfinanzierung nach Sektoren

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse

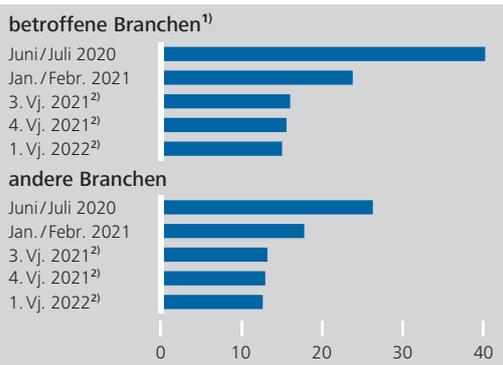


Quelle: BOP-F Quarterly und eigene Berechnungen. **1** Vergleich zwischen Vormonat und dem Monat davor. **2** Einzelhandel, Verkehr & Lagerei sowie Gastgewerbe. **3** Vergleich zwischen dem letzten Monat im vorigen Quartal und dessen Vorjahresmonat.

Deutsche Bundesbank

### Unternehmen mit Kreditverhandlungen in den vergangenen drei Monaten

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Quarterly und eigene Berechnungen. **1** Einzelhandel, Transport & Logistik und Gastgewerbe. **2** Referenzzeitraum voriges Quartal.

Deutsche Bundesbank

und Logistiksektor zu beobachten. In diesen Branchen hat der Bedarf an Finanzierung zu Beginn der Pandemie zwischen April 2020 und Mai 2020 stark zugenommen (deutlich gestiegen: 24 %, geringfügig gestiegen: 11 %). Zum Jahresende 2020 haben diese Werte nochmal leicht zugelegt (deutlich gestiegen: 27 %, ge-

ringfügig gestiegen: 13 %). In den anderen Branchen lag zu diesen beiden Zeitpunkten der Anteil eines deutlichen Anstiegs bei 12 % und der eines geringfügig gestiegenen Finanzierungsbedarfs bei 11 %. Im Jahr 2021 wurde der Referenzzeitraum der Entwicklung von einem Monat auf ein Jahr verlängert. Daher sind die Werte nicht unmittelbar vergleichbar. Dennoch zeigt die sektorale Unterscheidung, dass beim Bedarf an Finanzierung in Bezug auf die Betroffenheit der Pandemie sektorale Unterschiede auch noch im Jahr 2021 ausgeprägt waren – allerdings auf einem niedrigeren Niveau. Im Vergleich zum Vorjahresmonat lag sowohl im Juni 2021 als auch im Dezember 2021 der Anteil der Unternehmen aus von der Pandemie betroffenen Branchen mit einem erhöhten Finanzierungsbedarf bei 33 % (9 % deutlich gestiegen, 24 % geringfügig gestiegen), während in anderen Branchen der Anteil bei 23 % (6 % deutlich gestiegen, 17 % geringfügig gestiegen) lag.

Die Entspannung im Unternehmenssektor spiegelt sich auch in der Entwicklung der aufgenommenen Kreditverhandlungen wider. So haben zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 rund 28 % der Unternehmen angegeben, dass in den drei Monaten vor der Befragung Verhandlungen zur Aufnahme eines Bankkredits aufgenommen wurden. Dieser Anteil ist bereits Ende 2020 unter 20 % gefallen und sank in der Folge stetig auf 13 % im vierten Quartal 2021. Eine sektorale Unterteilung nach der Betroffenheit der Pandemie zeigt, dass im Frühjahr 2020 rund 40 % der Unternehmen aus betroffenen Branchen Kreditverhandlungen aufgenommen haben, während dieser Anteil für Unternehmen aus anderen Branchen bei rund 25 % lag. Diese sektoralen Unterschiede sind im Verlauf der Pandemie kontinuierlich kleiner geworden. Der Anteil der Unternehmen aus betroffenen Branchen, die Kreditverhandlungen aufgenommen haben, lag Ende des Jahres 2020 bei 23 % und ist bis zum vierten Quartal 2021 auf 15 % gesunken. Demgegenüber fiel der Anteil an Unternehmen mit Kreditverhandlungen in anderen

*Anteil der Unternehmen, die Kreditverhandlungen geführt haben, bis zum vierten Quartal 2021 rückläufig*

Branchen nach 18 % Ende des Jahres 2020 auf 13 % im vierten Quartal 2021.

*Verbesserung des Kreditzugangs für Unternehmen im Verlauf der Pandemie*

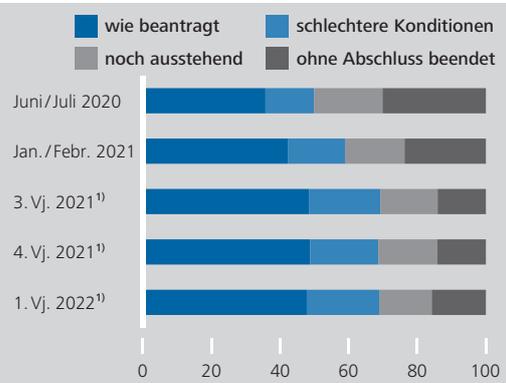
Der Einfluss der Pandemie auf den Unternehmenssektor lässt sich auch anhand der Ergebnisse geführter Kreditverhandlungen ablesen. So waren die Banken bei der Kreditvergabe zu Beginn der Pandemie im Frühjahr 2020 recht vorsichtig. Gerade mal ein Drittel der geführten Kreditverhandlungen wurde zu den beantragten Konditionen zum Abschluss gebracht, und bei 15 % wurden die Kredite zu schlechteren Konditionen gewährt. Demgegenüber waren 22 % der Kreditverhandlungen zum Befragungszeitpunkt im Juni/Juli 2020 noch nicht beendet, während gar 28 % ohne Abschluss beendet wurden.

Die Kreditvergabebedingungen haben sich für die Unternehmen im weiteren Pandemieverlauf deutlich verbessert. Nachdem Ende des Jahres 2020 44 % der Kreditverhandlungen zu beantragten Bedingungen genehmigt wurden, hat sich dieser Anteil im Lauf des Jahres 2021 auf rund 50 % verbessert. Der Anteil der Kreditverhandlungen, die zu schlechteren Konditionen genehmigt wurden, ist bis zum Jahr 2021 auf 21 % gestiegen. Währenddessen ist der Anteil der Kreditverhandlungen, die zum Befragungszeitpunkt noch offen waren beziehungsweise ohne Abschluss beendet wurden, auf jeweils rund 15 % im Jahr 2021 gesunken.

Die Befragung der Wirtschaftsverbände zeigt ebenfalls, dass sich der Kreditzugang für Unternehmen im Verlauf der Pandemie verbessert hat. Im Januar 2022 berichteten zwei Drittel der Verbände, dass sich der Zugang ihrer Unternehmen zu Bankkrediten im vierten Quartal 2021 trotz erneuter Einschränkungen nicht verschlechtert hat. Insgesamt war der Kreditzugang im Januar 2022 im Vergleich zum November 2020 über alle Branchen hinweg bei weitem nicht mehr so stark eingeschränkt. Lediglich Unternehmen des Gastgewerbes und körpernaher Dienstleistungen berichteten von anhaltenden Schwierigkeiten bei der Kreditaufnahme. Insgesamt stellten im Januar 2022 ab-

### Ergebnis geführter Kreditverhandlungen in den vergangenen drei Monaten

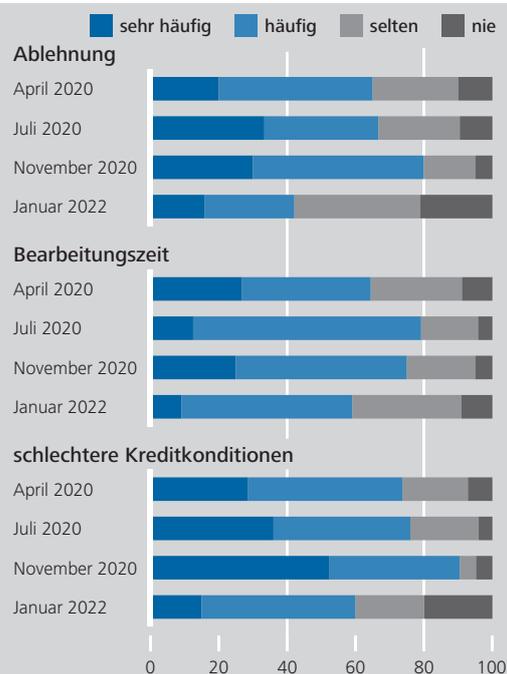
Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Quarterly und eigene Berechnungen. <sup>1</sup> Referenzzeitraum voriges Quartal.  
 Deutsche Bundesbank

### Schwierigkeiten der Unternehmen beim Kreditzugang ohne KfW-Corona-Hilfe oder Förderprogramme

Anteil der Verbände in %

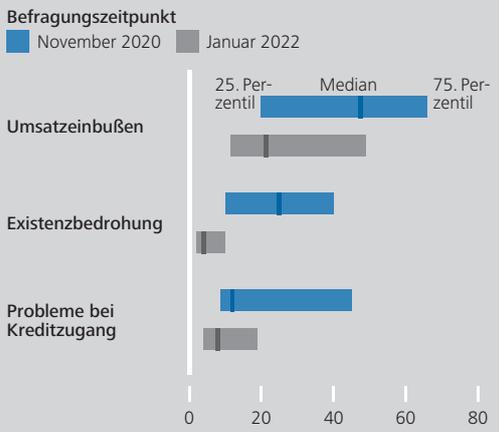


Quelle: Verbandsbefragung der Bundesbank.  
 Deutsche Bundesbank

gelehnte Kreditanträge für 42 % (17 % sehr häufig, 25 % häufig) der Verbände ein erhebliches Problem dar, nachdem im November 2020 noch 80 % der Verbände meldeten, dass Kreditanträge ihrer Mitglieder häufig (50 %) beziehungsweise sehr häufig (30 %), abgelehnt wurden. Der Anteil der Verbände, deren Unter-

### Geschäftslage der Unternehmen

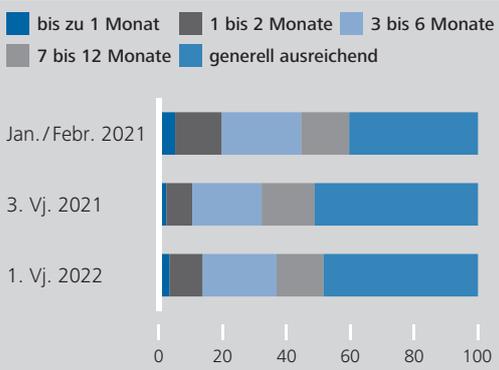
Angaben der Verbände zu Anteil betroffener Unternehmen in %



Quelle: Verbandsbefragung der Bundesbank.  
 Deutsche Bundesbank

### Zeitraum ausreichend verfügbarer Liquidität bis zur Einstellung oder Aufgabe der Geschäftstätigkeit

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Quarterly und eigene Berechnungen.  
 Deutsche Bundesbank

nehmen über lange Bearbeitungszeiten bei Kreditanträgen klagten, war im Zeitraum zwischen November 2020 und Januar 2022 ebenfalls rückläufig (von 75 % auf 59 %). In diesem Zeitraum ist der Anteil der Verbände, deren Mitglieder von schlechteren Kreditkonditionen berichteten, ebenfalls gesunken, und zwar von 90 % auf 60 %.

Dass sich die finanzielle Lage im Unternehmenssektor im Januar 2022 nicht so ungünstig wie im Vorjahr darstellte, zeigt sich auch in einem gesunkenen Anteil von Unternehmen, die von existentiellen Schwierigkeiten berichteten. Diesbezüglich ergibt das Bild aus der Verbands-

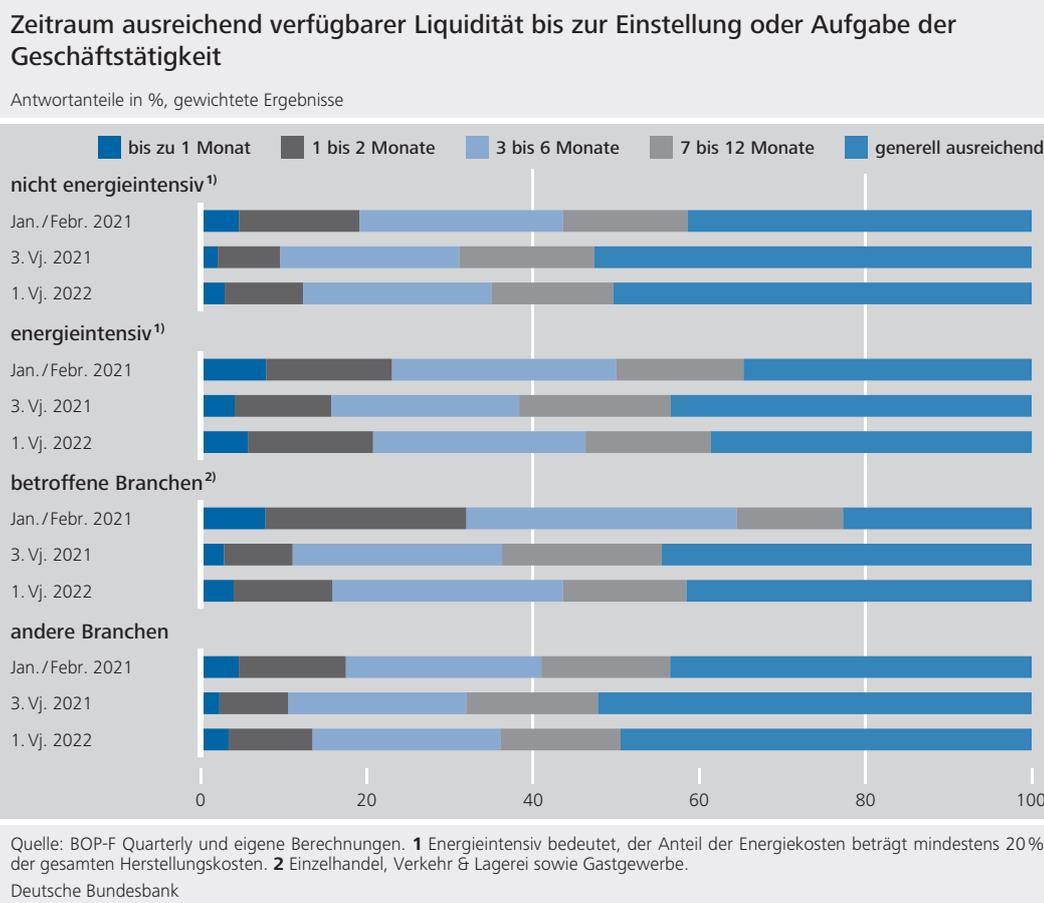
*Anteil existenzbedrohter Unternehmen zwischen November 2020 und Januar 2022 rückläufig*

befragung aus dem Januar 2022, dass sich gemessen am Median über die Verbände 5 % der Unternehmen in ihrer Existenz bedroht sahen. Dies ist eine deutliche Verbesserung verglichen mit den 25 % aus der Befragung im November 2020.

Dass die finanziellen Engpässe im Unternehmenssektor im Laufe des Jahres 2021 weniger schwerwiegend waren, wird in der Unternehmensbefragung durch die Angaben zu den verfügbaren Liquiditätsreserven bestätigt. Dabei wurden die Unternehmen um ihre Einschätzung gebeten, für welchen Zeitraum noch ausreichend Liquidität vorhanden ist, bevor die Geschäftstätigkeit eingestellt oder aufgegeben werden muss. Der Anteil der Unternehmen, die generell über ausreichend Liquidität verfügen, stieg von 40 % Anfang 2021 auf 51 % im dritten Quartal 2021. Im ersten Quartal 2022 lag der Anteil schließlich bei 48 %. Der Anteil der Unternehmen, die sich mit akuten Liquiditätsengpässen (Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten) konfrontiert sehen, sank von 20 % im ersten Quartal 2021 auf 10 % im Sommer 2021. Die jüngsten Zahlen aus dem ersten Quartal 2022 zeigen jedoch, dass der Anteil dieser Unternehmen auf 14 % gestiegen ist.

*Anfang 2022 deutlich verbesserte Liquiditätsreserven im Vergleich zum ersten Quartal 2021 – sektorale Unterschiede rückläufig*

Eine sektorale Differenzierung hilft, die Entwicklung möglicher Liquiditätsengpässe besser einzuordnen. Zu Beginn des Jahres 2021 verfügten knapp ein Drittel der Unternehmen aus von der Pandemie besonders betroffenen Branchen (Einzelhandel, Transport und Logistik sowie Gastgewerbe) über Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten, während 22 % generell ausreichend Liquidität aufwiesen. Demgegenüber lag der Anteil an Unternehmen aus anderen Branchen mit Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten bei 17 % und der Anteil mit generell ausreichend Liquidität bei 44 %. Diese Unterschiede waren im dritten Quartal 2021 kaum noch zu beobachten. In beiden sektoralen Gruppen fiel der Anteil an Unternehmen mit Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten auf jeweils 10 %. Der Anteil an Unternehmen mit generell ausreichend Liquidität ist in betroffe-



nen Sektoren auf 45 % und in anderen Sektoren auf 52 % gestiegen. Im ersten Quartal 2022 hat sich die Liquiditätslage bei beiden Unternehmensgruppen wieder etwas verschlechtert, allerdings nicht auf das Niveau des Vorjahresquartals. Der Anteil der Unternehmen mit Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten stieg in betroffenen Branchen auf 16 % und in anderen Sektoren auf 13 %. Der Anteil der Unternehmen mit generell ausreichend Liquidität war leicht rückläufig – in betroffenen Branchen 42 % und in anderen Branchen 50 %.

## Aktuelle Entwicklungen im Unternehmenssektor in Anbetracht hoher Energiepreise und des russischen Angriffs auf die Ukraine

Während zu Beginn des Jahres 2022 ein Großteil der Infektionsschutzmaßnahmen aufgehoben

wurde, brachten steigende Energie- und Erzeugerpreise sowie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine neue Herausforderungen für den Unternehmenssektor.

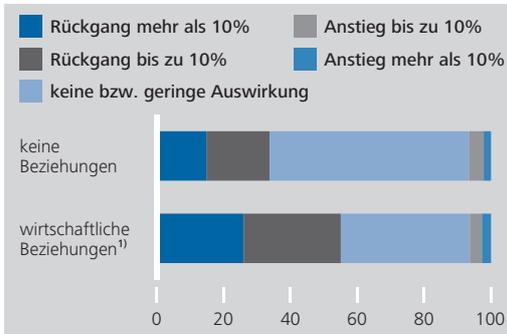
Die Energiepreise, die bereits im Jahr 2021 gestiegen sind, haben durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nochmals einen deutlichen Preissprung erfahren. Dies haben insbesondere energieintensive Unternehmen zu spüren bekommen. Mithilfe der Frage des Kostenanteils für Energieträger an den Produktionskosten konnte in der Unternehmensbefragung im ersten Quartal 2022 die Energieintensität der Unternehmen erfasst werden. Im Folgenden werden Unternehmen mit einem Energiekostenanteil von mehr als 20 % als energieintensiv klassifiziert. Dies traf im ersten Quartal 2022 auf 17 % der befragten Unternehmen zu.

*Energieintensive Unternehmen aufgrund steigender Energiepreise und des russischen Angriffskrieges unter Druck*

In Bezug auf die Energieintensität weist die Befragungsrunde aus dem ersten Quartal 2022 deutliche Unterschiede hinsichtlich der Beurtei-

### Erwartungen zu den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf den Umsatz im Jahr 2022

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Monthly und eigene Berechnungen, Befragungszeitraum April und Mai 2022. <sup>1</sup> Handel, Investitionen oder Produktionsstätten in Russland oder der Ukraine im Jahr 2021.

Deutsche Bundesbank

lung künftiger Herausforderungen auf. Besonders auffällig waren die Unterschiede bei der Einschätzung der Produktionskosten und des Zugangs zu Finanzierung. So lag unter den energieintensiven Firmen der Anteil der Unternehmen, die hohe Arbeits- und Produktionskosten als drängendes beziehungsweise äußerst drängendes Problem für die kommenden sechs Monate bewerteten, bei 65 %, während 22 % den Zugang zu Finanzierung als problematisch betrachteten. Demgegenüber haben im ersten Quartal 2022 unter den Unternehmen mit geringer Energieintensität rund 50 % hohe Produktionskosten und 14 % den Zugang zu Finanzierung als drängendes oder äußerst drängendes Problem eingestuft.

*Bereits Anfang 2022 höherer Finanzierungsbedarf und erschwelter Kreditzugang für Unternehmen mit hoher Energieintensität*

Am aktuellen Rand vermeldeten energieintensive Unternehmen einen höheren Finanzierungsbedarf als Unternehmen mit einer geringen Energieintensität. Unter den energieintensiven Unternehmen haben im vierten Quartal 2021 sowie im ersten Quartal 2022 jeweils 18 % der Unternehmen Verhandlungen für einen Bankkredit geführt. Bei Unternehmen mit geringer Energieintensität ist dieser Anteil von 12 % im vierten Quartal 2021 auf 14 % im ersten Quartal 2022 leicht angestiegen. Das Ergebnis der geführten Kreditverhandlungen fiel zuletzt für energieintensive Unternehmen deutlich schlechter aus. So sank für diese Unternehmen

der Anteil der Kreditverhandlungen, die zu den gewünschten Konditionen gewährt wurden, von 47 % im dritten Quartal 2021 auf 29 % im ersten Quartal 2022, während der Anteil der Kredite, die zu schlechteren Konditionen vergeben wurden, im gleichen Zeitraum von 18 % auf 30 % gestiegen ist. Demgegenüber fiel unter den nichtenergieintensiven Unternehmen der Anteil der Kreditkreditverhandlungen, die zu den gewünschten Konditionen abgeschlossen wurden, von 53 % im dritten Quartal 2021 auf 47 % im ersten Quartal 2022, während der Anteil der Kredite, die zu schlechteren Konditionen gewährt wurden, im gleichen Zeitraum von 16 % auf 27 % gestiegen ist.

Anfang des Jahres 2022 verfügten energieintensive Unternehmen über geringere Liquiditätspuffer als Unternehmen mit geringer Energieintensität. Rund 21 % der energieintensiven Unternehmen hatten im ersten Quartal 2022 Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten, während der Anteil dieser Unternehmen mit generell ausreichend Liquidität bei 36 % lag. Demgegenüber lag der Anteil nichtenergieintensiver Unternehmen mit Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten bei 12 % und der entsprechende Anteil mit generell ausreichend Liquidität bei 49 %.

Im zweiten Quartal 2022 wurden die Unternehmen überdies zu ihren Erwartungen befragt, inwiefern sich der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf den Jahresumsatz im Jahr 2022 auswirken würde. Insgesamt erwarteten knapp 15 % der befragten Unternehmen, dass der Umsatz durch den Krieg um mindestens 10 % sinken würde. Weitere 20 % erwarteten einen Rückgang von bis zu 10 %. Demgegenüber gingen im April und Mai 2022 knapp 7 % der Unternehmen davon aus, dass sich der Krieg positiv auf die Umsatzzahlen auswirken könnte. In Bezug auf die Energieintensität zeigt sich, dass energieintensive Unternehmen die Auswirkungen des Krieges auf ihre Umsatzzahlen als deutlich gravierender einschätzten als Unternehmen mit geringer Energieintensität. Unter den Unternehmen mit hoher Energieintensität

*Energieintensive Unternehmen erwarten Umsatzeinbußen infolge des russischen Angriffskrieges*

Stand: 17. Juni 2022

rechneten 45 % damit, dass der Jahresumsatz im Jahr 2022 infolge des Krieges sinken würde, wobei 24 % einen Umsatzrückgang von mindestens 10 % erwarteten. Demgegenüber erwarteten rund 32 % der nichtenergieintensiven Unternehmen rückläufige Umsätze infolge des Krieges, von denen 12 % mit Umsatzeinbußen von mindestens 10 % rechneten.

*8 % der Unternehmen mit direkten wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland oder Ukraine – Großteil erwartet ebenfalls Umsatzeinbußen*

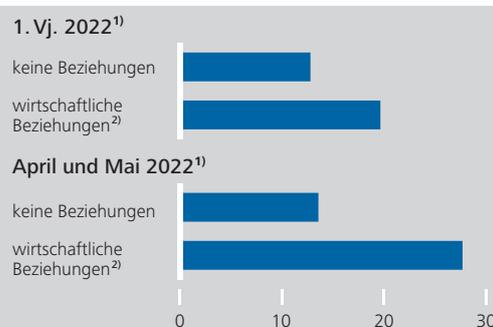
Um die direkten Folgen des Angriffs Russlands auf die Ukraine abschätzen zu können, wurden die Unternehmen befragt, ob sie im Jahr 2021 wirtschaftliche Beziehungen (Handel, Investitionen oder Produktionsstätten) mit Russland beziehungsweise der Ukraine unterhalten haben. Diese Frage wurde im April und Mai 2022 von knapp 8 % der befragten Unternehmen bejaht. Diese Unternehmen sind deutlich größer als Unternehmen ohne wirtschaftliche Beziehungen zu beiden Staaten (45 % vs. 14 % der Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten) und gehörten häufiger dem Verarbeitenden Gewerbe an (47 % vs. 13 %). Wenig überraschend erwarteten die Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zur Ukraine beziehungsweise zu Russland, dass sich die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges deutlich stärker auf den Umsatz im Jahr 2022 auswirken würden. So gingen rund 26 % dieser Unternehmen davon aus, dass der Umsatz um mehr als 10 % fallen würde. Weitere 29 % der Unternehmen erwarteten Umsatzeinbußen von bis zu 10 %. Demgegenüber lag der Anteil der Unternehmen ohne wirtschaftliche Beziehungen zu Russland beziehungsweise der Ukraine, die Umsatzeinbußen erwarteten, bei 34 %, wobei 15 % Umsatzeinbußen von mehr als 10 % befürchteten.

*Unternehmen mit direkten wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland oder der Ukraine mit gestiegenem Finanzierungsbedarf am aktuellen Rand*

Die Auswirkungen des Krieges auf die Kreditnachfrage der Unternehmen hängen auch von den wirtschaftlichen Beziehungen zu beiden Konfliktparteien ab. Dabei war der Anstieg bei Unternehmen ohne Beziehungen zu Russland beziehungsweise der Ukraine, die Kreditverhandlungen geführt haben, von 13 % im vierten Quartal 2021 auf 14 % im ersten Quartal 2022 moderat. Im Gegensatz dazu hat sich die Kreditnachfrage von Unternehmen mit wirtschaft-

### Unternehmen mit Kreditverhandlungen nach wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland oder der Ukraine

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Monthly und eigene Berechnungen. **1** Referenzzeitraum voriges Quartal. **2** Handel, Investitionen oder Produktionsstätten in Russland oder der Ukraine im Jahr 2021.

Deutsche Bundesbank

lichen Beziehungen zu den Konfliktparteien von 20 % im vierten Quartal 2021 auf 28 % im ersten Quartal deutlich erhöht. Das Ergebnis geführter Kreditverhandlungen hat sich in Bezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen der Unternehmen zu Russland beziehungsweise der Ukraine im ersten Quartal 2022 kaum unterschieden. So lag der Anteil der Kreditverhandlungen, die zu gewünschten beziehungsweise schlechteren Konditionen abgeschlossen wurden, unter Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu beiden Ländern bei 39 % beziehungsweise 27 %. Demgegenüber wurden 42 % beziehungsweise 28 % der Kreditverhandlungen von Unternehmen ohne wirtschaftliche Beziehungen zu diesen Staaten zu den gewünschten Konditionen beziehungsweise zu schlechteren Bedingungen gewährt.

Der Einfluss der wirtschaftlichen Beziehungen zur Ukraine beziehungsweise zu Russland war im zweiten Quartal 2022 bei den Erwartungen der Unternehmen zu den Entwicklungen relevanter Unternehmenskennzahlen erkennbar. Von den Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu den Konfliktparteien, erwarteten 31 % rückläufige und 38 % steigende Umsätze für den Zeitraum zwischen März 2022 und März 2023. 61 % dieser Unternehmen erwarteten zudem eine Verschlechterung beim Zugang zu Vorleistungen und Vorprodukten, während

*Wirtschaftliche Beziehungen zu Konfliktstaaten prägen Erwartungen relevanter Unternehmenskennzahlen*

## Die Auswirkungen der November/Dezember-Hilfen auf die finanzielle Lage von Unternehmen

Die Bundesregierung hat im Zuge der Pandemie verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die Folgen der Pandemie für den Unternehmenssektor möglichst gering zu halten. Hierzu gehörten insbesondere die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, die Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld, die Absicherung von Bankkrediten über das Sonderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie diverse Soforthilfetransfers für Unternehmen als Kompensation für Umsatzeinbußen durch angeordnete Infektionsschutzmaßnahmen. Bis zum Mai 2022 hat die Bundesregierung mehr als 70 Mrd € an Zuschüssen im Rahmen der Corona-Hilfen ausgezahlt.<sup>1)</sup>

In einer Studie der Bundesbank wurden die Auswirkungen der November/Dezember-Hilfen auf die finanzielle Situation von Unternehmen während des Lockdowns im Winter 2020/21 untersucht (siehe: Gärtner und Marek (2022)). Die BOP-F-Befragung aus dem Februar 2021 ermöglichte die Anwendung quasi-experimenteller Methoden für eine eingehende Bewertung der unmittelbaren Auswirkungen der November/Dezember-Hilfen auf die finanzielle Lage der Unternehmen. Konkret wurden die Auswirkungen der Hilfsmaßnahmen auf Liquiditätsreserven, Beschäftigungserwartungen, Investitionsentscheidungen sowie Kreditverhandlungen und -ergebnisse analysiert. Zum Befragungszeitpunkt war ein Großteil der Anträge für die November/Dezember-Hilfen noch nicht bearbeitet. Daher können die Effekte der Hilfstransfers durch den Vergleich zwischen Firmen mit ausstehenden und genehmigten Anträgen abgeschätzt werden. In der Analyse wurden empirische Matching-Methoden verwendet, um Unternehmenscharakteristika zu berücksichtigen, die sich auf den Antragsstatus auswirken können.

Die empirische Analyse deutet darauf hin, dass sich Unternehmen, deren Antrag auf Hilfstransfers im Rahmen der November/Dezember-Hilfen bewilligt worden ist, mit einer um 5 Prozentpunkte geringeren Wahrscheinlichkeit mit Liquiditätsengpässen (Liquiditätsreserven von bis zu zwei Monaten) konfrontiert sahen. Demgegenüber gibt es jedoch kaum Anzeichen, dass die Bereitstellung von Hilfsmaßnahmen sich auf die Beschäftigungserwartungen beziehungsweise Investitionstätigkeit ausgewirkt haben. Die Studie zeigt überdies, dass Unternehmen sich zunehmend durch Bankkredite finanzieren, wenn die Transferzahlungen ausbleiben sollten. Die Wahrscheinlichkeit, Kreditverhandlungen aufzunehmen, ist bei Unternehmen mit einer Bewilligung der Fördermaßnahme um 8 Prozentpunkte geringer. Zudem belegen die Ergebnisse, dass Transfers die Kreditwürdigkeit der Unternehmen verbessert haben. So ist durch den Erhalt von Hilfsmaßnahmen die Wahrscheinlichkeit, einen Kredit zu den gewünschten Konditionen zu erhalten, um bis zu 18 Prozentpunkte gestiegen.

Im Ergebnis haben die November/Dezember-Hilfen dazu beigetragen, die Wahrscheinlichkeit restriktiverer Kreditbedingungen zu verringern. Dies hätte wiederum zu einer Verstärkung finanzieller Engpässe in von der Pandemie besonders betroffenen Branchen führen können.

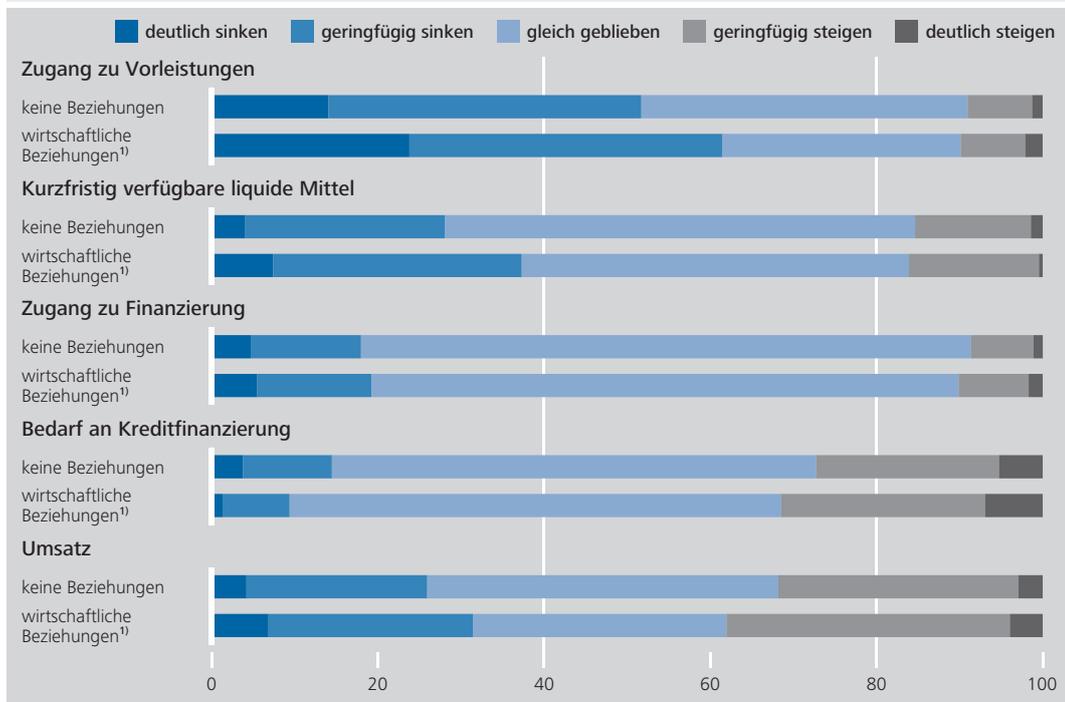
Im Ergebnis haben die November/Dezember-Hilfen dazu beigetragen, die Wahrscheinlichkeit restriktiverer Kreditbedingungen zu verringern. Dies hätte wiederum zu einer Verstärkung finanzieller Engpässe in von der Pandemie besonders betroffenen Branchen führen können.

---

<sup>1</sup> Siehe: [www.dashboard-deutschland.de](http://www.dashboard-deutschland.de).

## Erwartungen zu Unternehmenskennzahlen zwischen März 2022 und März 2023 nach wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland oder der Ukraine

Antwortanteile in %, gewichtete Ergebnisse



Quelle: BOP-F Monthly und eigene Berechnungen, Befragungszeitraum April und Mai 2022. <sup>1</sup> Handel, Investitionen oder Produktionsstätten in Russland oder der Ukraine im Jahr 2021.

Deutsche Bundesbank

37 % beziehungsweise 16 % einen Rückgang beziehungsweise Anstieg an verfügbaren liquiden Mitteln erwarteten. Bei Unternehmen ohne Beziehungen zu beiden Staaten lag der Anteil mit rückläufiger beziehungsweise steigender Umsatzerwartung für den Bezugszeitraum zwischen März 2022 und März 2023 bei 26 % beziehungsweise 31 %, während 52 % einen schlechteren Zugang zu Vorleistungen erwarteten. 28 % beziehungsweise 15 % dieser Unternehmen erwarteten rückläufige beziehungsweise steigende liquide Mittel.

Die Unternehmen mit wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland beziehungsweise der Ukraine erwarteten im Vergleich zu Unternehmen ohne wirtschaftliche Beziehungen zu beiden Ländern im zweiten Quartal 2022 einen

wachsenden Finanzierungsbedarf für den Zeitraum bis März 2023. So erwarteten 31 % beziehungsweise 27 % der Unternehmen mit beziehungsweise ohne Beziehungen zu den Konfliktparteien einen Anstieg am Bedarf an Kreditfinanzierung für den Zeitraum zwischen März 2022 und März 2023. Trotz der unterschiedlichen Erwartungen hinsichtlich der Geschäftslage sind die Unterschiede bei den Erwartungen zum Zugang zu Finanzierung in Bezug auf die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland beziehungsweise der Ukraine äußerst gering. So erwarteten im zweiten Quartal 2022 19 % beziehungsweise 18 % der Unternehmen mit beziehungsweise ohne wirtschaftliche Beziehungen zu den betroffenen Staaten einen rückläufigen Zugang zu Finanzierung für den Zeitraum zwischen März 2022 und März 2023.

## ■ Literaturverzeichnis

Deutsche Bundesbank (2021a), Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2020, Monatsbericht, Dezember 2021, S. 45 ff.

Deutsche Bundesbank (2021b), Einschätzungen und Erwartungen von Unternehmen in der Pandemie – Erkenntnisse aus dem Bundesbank-Online-Panel-Firmen (BOP-F), Monatsbericht, April 2021, S. 35 ff.

Deutsche Bundesbank (2011), Unternehmensabschlussstatistik mit breiterer sektoraler Abdeckung und neuer Hochrechnungsbasis, Monatsbericht, Dezember 2011, S. 34 f.

Gärtner L. und P. Marek (2022), The impact of German public support transfers on firm finance – Evidence from the Covid-19 crisis, Diskussionspapier der Deutschen Bundesbank, Nr. 19/2022.